

Premiumbereich

jetzt testen

Aktuelle Ausgabe
Archiv / Recherche
Zusatzdienste
Ganzseiten-PDF
Pushdienst
WPI

Börsen-Zeitung	Banken & Finanzen	Unternehmen & Branchen	Kapitalmärkte
Konjunktur & Politik	Personen	Kommentare	Spezialthema

16.02.10 EU lehnt US-Vorstoß zu Bankenreform ab

VOLLTEXT

EU lehnt US-Vorstoß zu Bankenreform ab

"Volcker-Plan" mit europäischer Tradition unvereinbar - Initiative nicht über G 20 und FSB gesteuert

Börsen-Zeitung, 16.2.2010 cr Brüssel - Die EU-Finanzminister sind gegen den Vorstoß von US-Präsident Barack Obama zur Begrenzung der Größe von Banken und der Risiken, die sie eingehen dürfen. Die von Obama geplante Reform des Bankensektors läuft laut EU-Kreisen europäischer Politik zuwider.

Der US-Präsident hatte sich im Januar für eine umfassende Bankenreform eingesetzt, die sogenannten Volcker-Regeln. Der nach dem früheren Vorsitzenden der US-Notenbank und heutigen Berater des Weißen Hauses, Paul Volcker, benannte Plan sieht unter anderem vor, dass Geschäftsbanken keine Hedgefonds besitzen dürfen. Außerdem soll der Eigenhandel, den sie betreiben, bestimmten Beschränkungen unterliegen. Den EU-Kreisen zufolge steht die Anwendung der Volcker-Regeln in Europa nicht im Einklang mit bestehenden Richtlinien für den Binnenmarkt und dem Prinzip der Universalbanken. Die EU setze auf Wettbewerb und nicht auf die regulatorische Eingrenzung von Geschäftsaktivitäten, hieß es. Zudem, wurde angemerkt, seien die Details des Obama-Plans nicht bekannt. Der Vorstoß des US-Präsidenten sei weder im Kreis der G 20-Staaten noch im internationalen Finanzstabilitätsboard (FSB) vertieft erörtert worden, über die der globale Regulierungsprozess der Finanzmärkte gesteuert werde. Die Kreise stellten ferner heraus, eine Erklärung der Finanzminister zur Obama-Initiative sei nicht vorgesehen.

Financial Jobs

Anlagemagazin

rendite
Das Anlagemagazin der Börsen-Zeitung

Sponsoring

wüstenrot württembergische

BZ-Services

Sonderbeilagen

Newsletter

Abonnement

Werbung

Download

Audio / Video

Externe Links

Presse

Stellenangebote

Sorge an Wall Street

Die Bekanntgabe der Pläne im Januar hatte die Wall-Street-Riesen in Angst und Schrecken versetzt. Zwar steuert der Wertpapierhandel bei Investment- und Universalbanken einen bedeutenden Anteil der Erträge bei, jedoch ist unklar, inwieweit dieses Geschäft durch die Volcker-Regeln beeinträchtigt würde. Heftige Kursverluste waren nach Bekanntgabe des Obama-Plans die Folge; zu den größten Verlierern an der Börse gehörten J.P. Morgan, Bank of America und Morgan Stanley. Bei den großen Wall-Street-Adressen wehrt man sich insbesondere gegen die Vorstellung, dass ausgerechnet die Eigenhandelsaktivitäten der Banken zu den Schlüsselfaktoren der Finanzkrise gehört haben sollen. Gleichzeitig kritisieren sie die Stoßrichtung, das "Too big to fail"-Problem mit der Zerschlagung von Bankenkonzernen oder einer Separierung von Aktivitäten in den Vordergrund zu rücken. Zu den Befürwortern eines harten Durchgreifens dagegen zählt der amerikanische Hedgefondsmanager George Soros. Für umfassende Reformen des Finanzsektors plädiert Volcker schon seit längerem. Er beruft sich dabei auf den Glass-Steagall Act und damit auf das erst 1999 komplett abgeschaffte US-Trennbankensystem. Sein Ziel ist aber nicht die Wiederbelebung dieses Gesetzes, sondern die Rückkehr zu seinem Geist. Mit dem Appell zum Rückzug der Banken aus Eigenhandel, Hedgefonds- und Private-Equity-Geschäft will Volcker nicht die Trennung von Commercial Banks und Broker-Dealern, sondern die Separierung von Geschäften, bei denen Banken ihr Kapital ins Risiko nehmen, je nachdem, ob sie auf eigene Rechnung oder für Kunden agieren. Er will das Risikoprofil von breit aufgestellten und systemisch relevanten Investmentbanken herunterfahren und

English Section

Media-Kit

Weiteres

Mein Profil

Mobile Inhalte

Feedback

Impressum

Symbole Hilfe

WM Seminare

Aktueller
Seminarhinweis:

3. Update
Anlageberatung ...

15.03.2010



►► zu WM Seminare



WM Gruppe

systemrelevante Interessenkonflikte reduzieren, die sich aus der Verquickung von Handels-, Beratungs- und Finanzierungsaktivitäten mit undurchsichtiger Mischung aus eigenem Kapital und Kundengeldern ergeben.

Rückhalt für Bankenabgabe

Rückhalt gibt es in der EU dagegen für Überlegungen der US-Administration, eine Stabilitätsabgabe für Banken zu erheben. Vor allem Schweden pochte auf die Abgabe, um die Banken an den Kosten zur Krisenbewältigung zu beteiligen, hieß es. Sollte die Abgabe kommen, sei die Finanztransaktionssteuer vom Tisch.

Börsen-Zeitung, 16.02.2010, Autor cr Brüssel, Ausgabe Nr. 31, Seite 3, 485 Worte

 URL zum Artikel: <http://www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2010031047>
 an Twitter senden



Seite weiterempfehlen



Seite drucken

[Übersicht](#) | [Kurse / Charts](#) | [Redaktionelle Berichte](#) | [Research](#) | [Ad-hoc](#) | [Finanzanzeigen](#) | [Bilanz & GuV](#) | [Unternehmensporträt](#) | [Aktionärsstruktur](#) | [Directors' Dealings](#) | [Termine](#) | [Hauptversammlung](#) | [Dividende](#) | [Kapitalmaßnahmen](#) | [Wertpapiersuche](#) | [Audio / Video](#) | [Newsletter](#) | [Mobile Inhalte](#) | [FAQ](#) | [Impressum](#) |

[Sitemap XML](#) | [Sitemap Kurse XML](#)